

Polizeilich-statistische Erfassung von Messerangriffen sollte schnellstmöglich erfolgen

PKS-Anpassung ab 2022 ist angesichts der zunehmenden Straftaten mit Messern zu spät.

Nachdem die Innenministerkonferenz, Medienberichten zufolge, entschieden hat, Gewaltakte mit Messern künftig in die Kriminalstatistik des Bundes einfließen zu lassen, könnte die Umsetzung dieses Vorhabens wohl mehrere Jahre in Anspruch nehmen, wie aus Kreisen des Bundeskriminalamts zu vernehmen ist.

Uwe Junge, Fraktionsvorsitzender und innenpolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, sieht hier jedoch einen schnelleren Handlungsbedarf: „Die Statistik erst im Jahr 2022 zu erweitern, sehe ich in Anbetracht der sich mehrenden Straftaten mit Messereinsatz, als extrem verspätet. Wir als AfD-Fraktion fordern seit Langem eine noch umfangreichere Aufschlüsselung der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS). Dazu gehören neben der statistischen Erfassung von Tatwerkzeugen wie Hieb-, Stich-Schlag- und Stoßwaffen auch die Aufklärung über die Herkunft der Täter. Nur so können präventive Maßnahmen ergriffen und mögliche Straftaten im Vorfeld erkannt werden. Hier ist schnellerer Handlungsbedarf gegeben. Den Sachstand in Rheinland-Pfalz soll ein Berichts Antrag im Innenausschuss ergeben.“